

# Integrationsunwillige Muslime? – Eine Milieustudie

## Projektleitung

Prof. Dr. Ahmet Toprak

## Zeitraum

2007–2010

## Kontakt

Prof. Dr. Ahmet Toprak  
Fachbereich Angewandte  
Sozialwissenschaften  
Fachhochschule  
Dortmund  
Emil-Figge-Str. 44  
44227 Dortmund  
Tel.: 0231 755-6294  
E-Mail: ahmet.toprak  
@fh-dortmund.de

## Ausgangslage

In Deutschland leben ca. 4, 2 Millionen Menschen mit muslimischer Herkunft. Der Großteil stammt aus der Türkei, sie sind als sogenannte Gastarbeiter in den 1960er- und 1970er-Jahren nach Deutschland gekommen. Ab Mitte der 1950er-Jahre wurde zwischen der Bundesrepublik und Staaten wie Italien, Spanien, Portugal, Griechenland, Marokko, Tunesien, Jugoslawien und der Türkei ein Anwerbevertrag unterschrieben, da der Bedarf an Arbeitskräften im Inland nicht mehr gedeckt werden konnte. Es sollten vor allem junge und gesunde Menschen nach Deutschland vermittelt werden, die vorwiegend in der Metall-, Auto- und Baubranche arbeiten sollten und die durch Rotation und ohne größere Gesundheitskosten wieder zurückkehren konnten. Das Hauptmotiv für die Migration nach Deutschland war der kurzfristige Aufbau von Ersparnissen, um später im Heimatland über einen gesicherten Lebensunterhalt zu verfügen.

Die „Gastarbeiterbeschäftigung“ erreichte mit insgesamt 2,5 Millionen im Jahre 1973 ihren vorläufigen Höhepunkt. Der Wendepunkt in der Anwerbung von ausländischen Arbeitnehmern war ebenfalls das Jahr 1973, als die Bundesrepublik aufgrund der Wirtschaftskrise einen Anwerbestopp für „Gastarbeiter“ verhängte. Am 23. 11. 1973 verfügte der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung die Einstellung der Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer durch die Bundesanstalt für Arbeit. Dies geschah zu einer Zeit, als sich Massenarbeitslosigkeit und eine Wirtschaftsrezession deutlich abzeichneten. Der Anwerbestopp sollte einerseits den Vorrang des nationalen Arbeitsmarktes sicherstellen und andererseits einen Wendepunkt in der staatlichen Ausländerpolitik symbolisieren und war von Anfang an auf Dauer angelegt. In der Folge haben sich viele verheiratete Männer bzw. Frauen für einen dauerhaften Aufenthalt entschieden und ihre Kinder und Ehepartner nach Deutschland geholt.

Da Deutschland offiziell bis 1999 kein Einwanderungsland war, stand auch die Migrationspolitik nicht unbedingt auf der Agenda der Bundesregierungen, sei es von der konservativliberalen Regierung von 1982 bis 1998 noch von Rot-Grün zwischen 1998 und 2005, auch wenn die Letzgenannten die Greencard-Regelung einführten und die Einbürgerung hier lebender Migranten erleichterten. Bewegung kam in die Migrationspolitik erst ab 2005, ausgelöst durch die Vorfälle an einer Berliner Schule, kriminelle Jugendliche mit Migrationshintergrund und die öffentlichen Debatten um Zwangsheirat und häusliche Gewalt bei

muslimisch geprägten Bevölkerungsgruppen. Seit ca. 2005 steht die Integration der Migranten, vor allem die der Muslime, im Mittelpunkt der Politik. So wurde beispielsweise der Ausländerbeauftragte der Bundesregierung zum Integrationsbeauftragten und ist nicht mehr im Familienministerium angesiedelt, sondern im Kanzleramt. Zwischen 2006 und 2009 wurde vom Bundesinnenministerium eine sogenannte „Deutsche Islam Konferenz“ durchgeführt, und auch der Integrationsgipfel des Bundeskanzleramtes zielte auf die bessere Integration vor allem der muslimischen Migranten.

All das zeigt, dass sich weder die Migranten noch Deutschland in den ersten fünfzig Jahren nach der Einreise der ersten Gastarbeiter im Jahre 1955 um Integration bemüht haben. Sowohl Deutschland als auch die Zuwanderer gingen davon aus, dass der Aufenthalt in Deutschland temporärer Natur wäre. Im Nachklang der Attentate vom 11. September und im Rahmen der Debatten um Zwangsheirat und häusliche Gewalt rückte die sogenannte „Integrationsunwilligkeit“ der Migranten muslimischer Herkunft in den Fokus. Dieser Begriff wurde von konservativen Politikern geprägt und soll dokumentieren, dass diese Bevölkerungsgruppe die Integration ablehnt, sich nicht öffnet und in sogenannten Ghettos lebt. Um die These von der „Integrationsunwilligkeit“ vieler Migranten muslimischer Herkunft zu stützen, wird auf die Praxis der Zwangsheirat, auf häusliche Gewalt, geringe oder nicht vorhandene Deutschkenntnisse, die religionsbedingte Ablehnung bestimmter Schulfächer, die Unterdrückung der Frau, das Kopftuch u. a. verwiesen. Nun sind diese Problembereiche zwar nicht von der Hand zu weisen, aber neu sind sie nicht.

## Forschungsdesign

Ziel dieser Studie war es die sogenannten „Integrationsunwilligen“ persönlich zu Wort kommen zu lassen. Es wurden insgesamt 124 Personen aus Kulturvereinen, Jugendzentren, Schulen, Frauengruppen, Anti-Aggressivitäts-Trainings etc. interviewt, damit sie zu den wichtigen Themen, die mit „Integrationsunwilligkeit“ in Verbindung gebracht werden, Stellung nehmen. Die Daten wurden anhand eines halbstandardisierten Fragebogens zwischen 2007 und 2009 in den drei Großstädten Berlin, Dortmund und München erhoben. Um einschlägige und authentische Informationen zu bekommen, wurden als Methode sowohl Gruppen- als auch Einzelinterviews mit Tonbandaufzeichnung eingesetzt. Alle relevanten Themen, die aus Sicht der Forschung die Öffentlichkeit interessieren und als Zeichen der „Integrationsunwilligkeit“ gedeutet

werden, wurden aufgegriffen. In diesem Zusammenhang wurden nicht nur die in den Medien präsenten Themen Kopftuch, Gewalt, Zwangsverheiratung und Ehrenmorde behandelt, sondern auch die Randthemen. Hierzu zählen „Der Einfluss der Medien“, „Die Rolle der Kultur- und Moscheevereine“ und die Teilnahme oder Nichtteilnahme der muslimischen Schüler am Schwimm-, Sport- und Sexualunterricht. Im Rahmen dieser Studie wurden insgesamt 45 Interviews (35 Einzel- und zehn Gruppeninterviews) in den Großstädten München, Berlin und Dortmund durchgeführt. Im Einzelnen sind dies:

**1. Die Besucher eines türkischen Kulturvereins in München**

Männer und Frauen getrennt  
Methode: Gruppen- und Einzelinterviews (zwei Gruppeninterviews, zehn Einzelinterviews)

**2. Die Besucher eines arabischen Kulturvereins in Berlin**

Männer und Frauen getrennt  
Methode: Gruppen- und Einzelinterviews (zwei Gruppeninterviews, neun Einzelinterviews)

**3. Die Besucher eines Anti-Aggressivitäts-Trainings für Jungen und junge Männer**

Methode: Gruppen- und Einzelinterviews (ein Gruppeninterview, sechs Einzelinterviews)

**4. Die Besucher eines Männercafés in Dortmund**

Methode: Gruppen- und Einzelinterviews (zwei Gruppeninterviews, fünf Einzelinterviews)

**5. Die Besucher eines Jugendzentrums in München**

Methode: Gruppeninterviews (zwei Gruppeninterviews mit 13 Personen)

**6. Eine ehemalige Redakteurin einer türkischen Zeitung**

Methode: Einzelinterview (ein Interview)

**7. Der Vorsitzende und die Sprecherin eines Kulturvereins in Dortmund**

Methode: Einzelinterview (zwei Interviews)

**8. Ein Imam aus Berlin**

Methode: Einzelinterview (ein Interview)

**9. Eine ehemalige Hürriyet-Redakteurin**

Methode: Einzelinterview (ein Interview)

**10. Ein Lehrer aus Dortmund, der türkischen Ergänzungsunterricht erteilt**

Methode: Einzelinterview (ein Interview)

Die 124 Interviewteilnehmerinnen und -teilnehmer – 71 Männer und 53 Frauen zwischen 15 und 74 Jahren – gehören der ersten, zweiten und dritten Migrantengeneration an. 13 der 124 Interviewpartner haben zwar einen türkischen, arabischen bzw. deutschen Pass, geben aber an, Kurden zu sein. 29 Interviewpartner stammen aus den arabischen Ländern, wie Irak, Libanon

oder Syrien, die restlichen 95 Interviewpartner kommen aus der Türkei. 15 Befragte gaben an, Muslime schiitischen Glaubens zu sein, 20 waren Aleviten und 89 waren Sunniten. Der Altersdurchschnitt beträgt 37,9 Jahre. Knapp über die Hälfte der Befragten (64) sind in Deutschland geboren und aufgewachsen. Bei den nicht in Deutschland geborenen Interviewpartnern beträgt die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Deutschland 18,8 Jahre, wobei betont werden muss, dass acht Interviewpartner seit weniger als fünf Jahren in Deutschland leben. 13 der 124 befragten Personen sind im Besitz eines deutschen Passes. Insgesamt kann der Aufenthaltsstatus der Population als sehr sicher bezeichnet werden. Während der Befragungszeit waren 15 Personen Hausfrauen, 19 arbeitslos, 13 Schüler, elf Angestellte bzw. Beamte, 15 selbständig, 30 Arbeiter, acht Studenten und 13 befanden sich im Ruhestand. 43 Befragte, die sich nicht in der Ausbildung befanden, haben eine abgeschlossene Berufsausbildung; neun der Interviewten haben einen Universitäts- oder Fachhochschulabschluss. Auf der anderen Seite konnte festgestellt werden, dass 60 Interviewpartner über keine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen.

**Zentrale Ergebnisse**

Das Hauptanliegen dieser Studie war es, eine genauere Untersuchung hinsichtlich der muslimischen Bevölkerung vorzunehmen, die bestimmte Themen in einem Buch zusammenfasst. Zu allen hier untersuchten Bereichen liegt ausreichend Literatur vor, aber es gibt keine Publikation, die diese Themen aufgreift und die Betroffenen selbst anhand von Interviews zu Wort kommen lässt. Durch diese Methode konnte ein breit gefächertes Bild der muslimischen Gemeinde in Deutschland gezeigt werden, auch wenn ausschließlich in der öffentlichen Wahrnehmung belastete Themen Gegenstand der Untersuchung waren. Die Ergebnisse zeigen, dass bestimmte Begriffe klar definiert und genau abgegrenzt werden müssen. Beispielsweise die Zwangsverheiratung wird von einem Großteil der hier Befragten entschieden abgelehnt. Die Form der arrangierten Eheschließung hingegen wird von einer Majorität favorisiert, allerdings mit einer entscheidenden Modifikation: Zwei junge Menschen werden von den Eltern oder Geschwistern unverbindlich miteinander bekannt gemacht, in der Hoffnung, dass sie zueinanderfinden und später heiraten. Können sich die jungen Leute nicht auf eine Eheschließung einigen, wird dieses Treffen sehr schnell vergessen und niemandem wird ein Vorwurf gemacht; weder die Familien noch die Kinder erleiden einen Imageschaden. Vor allem bei der jüngeren Generation ist diese relativ

neue Form der postmodernen arrangierten Ehe sehr verbreitet und findet auch Zuspruch bei den Betroffenen selbst. Voraussichtlich wird sie auch bei der dritten und vierten Generation verbreitet sein, da die jungen Menschen die Möglichkeit haben, eine Person relativ unverbindlich, aber doch näher kennenzulernen, die dazu aus derselben Gemeinde stammt. Viele Eltern unterstützen die Form der postmodernen arrangierten Ehe, weil sie selbst gute Erfahrungen damit gemacht haben. Die Zwangsverheiratung wird in Teilen der muslimischen Gemeinde auch weiterhin ein Thema bleiben, weil neben den traditionellen Geschlechter- und Sexualrollen auch die ökonomischen Zwänge diese Form der Eheschließung begünstigen.

Beim Thema Kopftuch konnte aufgezeigt werden, dass es sehr unterschiedliche Motive für das Tragen eines Kopftuchs gibt, es muss nicht zwangsläufig mit der Unterdrückung der Frau zusammenhängen. Gleichwohl wird in der deutschen Öffentlichkeit eine kopftuchtragende Frau bemitleidet, da es für die Mehrheitsgesellschaft nicht als Ausdruck einer politischen Einstellung (in diesem Falle die Instrumentalisierung der Frau für politische Zwecke), sondern als Zeichen der Unterdrückung der Frau durch das Patriarchat gilt. Als Begründung dafür wird der Islam herangezogen, der die Frau unterdrückt und als Menschen zweiter Klasse sieht, so die undifferenzierte und stereotype Zuschreibung seitens der Mehrheitsgesellschaft. Dadurch wird ein Feindbild aufgebaut, das als Bedrohung für die eigene Kultur und die lang erkämpfte Emanzipation empfunden wird. Sicherlich können solche Gedanken und Aspekte nicht ausgeschlossen werden. Aber die deutsche Öffentlichkeit negiert damit, dass das Kopftuch auch einfach als schützendes Kleidungsstück oder ganz bewusst von selbstbewussten und gebildeten Frauen getragen wird, die nicht unbedingt Opfer des Patriarchats sind.

Ein weiteres zentrales Ergebnis besteht darin, dass soziale Partizipation und vorurteilsfreie Anerkennung des „Fremden“ nur gelingen kann, wenn die muslimische Bevölkerung sich weiterhin öffnet und sich nicht nur als Opfer sieht, was in vielen Fällen immer noch der Fall ist. Vielmehr bedarf es einer vorurteilsfreien Annäherung an die deutsche Gesellschaft. Annäherung bedeutet nicht, dass man die eigenen Werte, Normen, Traditionen und seine religiöse Einstellung über Bord werfen muss. Muslime und Christen haben mehr Gemeinsamkeiten als Differenzen. Mit Rückzug, trotziger Verteidigung bestimmter Normen und Verweigerung kommen die Muslime nicht

weiter. In konservativen Teilen der muslimischen Gemeinde, vertreten durch die Verbands- und Vereinssprecher, sind Misstrauen sowie Vermeidung und Verschleppung bestimmter Prozesse, vor allem wenn es um die Öffnung der Gemeinde geht, verbreitet. Weder mit dem Feindbild „Islam“ noch mit dem Feindbild „Mehrheitsgesellschaft“ kann integrationspolitisch etwas erreicht werden. Ein großer Teil der muslimischen Gemeinde in Deutschland ist in einigen Fragen offener, fortschrittlicher und emanzipierter als ihre Vertretungen. Diese vorhandenen Tendenzen müssen positiv genutzt werden. Hierzu müssten ein Dialog und ein Kommunikationsnetzwerk aktiviert werden, nicht über die Presse und Talkshows, sondern im Alltag. Ein Weg dorthin könnte sein, die Migranten zunächst auf der kommunalen Ebene in die Entscheidungen einzubeziehen. Ein erster und wichtiger Schritt wäre sicherlich das kommunale Wahlrecht für Migranten, die nicht aus einem EU-Land stammen, ein weiterer wäre die Einbeziehung und Verpflichtung der Migrantenselbstorganisation und der Integrationsräte in die kommunalen Entscheidungen und Kooperationen. Ein verändertes Bild in den Medien auf beiden Seiten, politische Bildung und Aufklärung, Ausbildung der Imame in Deutschland in deutscher Sprache, Einstellung und Ausbildung von Lehrkräften mit muslimischem Hintergrund sowie die Förderung der interkulturellen Kompetenz bei den Migranten und der Mehrheitsgesellschaft sind weitere Maßnahmen für einen Dialog auf Augenhöhe. Darüber hinaus müssten beide Seiten ihre Vorurteile ablegen und auf Konfrontation verzichten. Partizipation, eine vorurteilsfreie Anerkennung des „Anderen“ und ein Umgang mit Ambivalenzen scheinen die wichtigsten Prinzipien zu sein, um einen gesellschaftlichen Konsens zwischen den Muslimen und der Mehrheitsgesellschaft jenseits vom Grundgesetz zu finden.

Wenn die sogenannte „Integrationsunwilligkeit“ der Muslime in Deutschland existiert, dann ist das eine Folge der sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen, die in Deutschland immer schlechter werden. Der Rückzug in die eigenethnischen Milieus erfolgt, weil eine immer größer werdende Minderheit sich in Deutschland wirtschaftlich, sozial und bildungspolitisch abgehängt fühlt. Das betrifft auch viele Menschen, die eine deutsche Abstammung haben. Sowohl ein Teil der Deutschen als auch ein Teil der Muslime zieht sich aus dem gesellschaftlichen Leben zurück: Das Motiv ist aber nicht die Religion, sondern die sozial und wirtschaftlich prekäre Lage.